

**Quelle: Die Zeit**

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

POLITIK

# Der Sog des Ostens

## Die Türkei kehrt sich von ihren alten Verbündeten in Amerika und Europa ab

\* Josef Joffe \*

Sind die Europäer schuld? US-Verteidigungsminister Robert Gates hat die EU als Hauptverantwortlichen für den Verlust eines wichtigen westlichen Verbündeten ausgemacht: »Wenn denn etwas dran ist, dass die Türkei nach Osten driftet, dann nicht zuletzt, weil sie von jenen in Europa getrieben worden ist, die der Türkei die organische Anbindung an den Westen verweigert haben.« Sprich: die EU-Mitgliedschaft.

Ob Gates, der von 2006 an George W. Bush als Pentagonchef diente, der EU diesen Klassenbucheintrag auch 2003 verpasst hätte, als Ankara die zweite Angriffssachse - von der Türkei südwärts - nach Bagdad verweigerte? Da war die Türkei schon vier Jahre lang offizieller EU-Beitrittskandidat, 2005 begannen die Verhandlungen. Doch der Ostwärtsdrift der Türkei deutete sich schon 2002 an, als die islamische Gerechtigkeitspartei AKP unter Tayyip Erdogan die Macht übernahm. Der Trend beschleunigte sich 2007, als die AKP die absolute Mehrheit errang.

Dass Ankara die Israelis mit feiner Hand in die Falle des Gaza-Protestschiffs Mavi Marmara lockte, dann unter der grünen Flagge des Propheten einen Propagandakrieg gegen Jerusalem entfesselte, schließlich im UN-Sicherheitsrat zusammen mit Brasilia das vierte Sanktionspaket gegen Iran verwarf, war nicht der EU geschuldet, auch nicht Tagestaktik. Das waren weitere Signale einer strategischen Gewichtsverschiebung in der türkischen Außenpolitik. (Pikante

Fußnote: Der Libanon, der von dem Iran-Verbündeten Hisbollah mitregiert wird, hat sich enthalten.)

Mal sind es Paukenschläge wie die demonstrative Einladung des iranischen Präsidenten Ahmadineschad oder des Hamas-Führers Maschal nach Ankara. Mal läuft das Spiel über die Bande, wie im Fall der Gaza-Flottille, die in der Türkei aufgestellt wurde. Hauptorganisator und -finanzier ist der islamische Wohlfahrtsverband IHH, dem diverse Dienste eine Hamas-Connection nachsagen. Von der IHH schreibt der Kolumnist des Massenblattes Hürriyet, Semih Idiz: »Obwohl es keinen Beweis für eine direkte Verbindung gibt, sollte sich niemand darüber täuschen, dass die Erdogan-Regierung moralisch und politisch hinter der Gruppe steht.« Auch passt die Mavi Marmara gut zu jener Wende, die schon 2001 in dem Buch Strategik Derinlik (»Strategische Tiefe«) vorgezeichnet wurde. Verfasst hat es der heutige Außenminister Ahmet Davutoglu. Das Traktat liest sich wie ein Aufguss geopolitischer Pseudowissenschaft vom Beginn des 20. Jahrhunderts .

Geografie sei Schicksal und Sprungbrett, lautet die Grundweisheit. Für den Außenminister ist die Türkei das »Epizentrum des Balkans, des Mittleren Ostens und des Kaukasus, mithin das Zentrum Eurasiens«, wenn nicht gar der Weltpolitik, weil sie in der Mitte des Gürtels liege, der sich von der Gegenküste des Atlantiks über das Mittelmeer zum Pazifik ziehe. Hinzu kommt der

religiös-ideologische Anspruch der Türkei als »muslimische Supermacht«, war doch Istanbul die Hauptstadt des letzten Kalifats.

Ein Land entdeckt sich als Zentrum der Weltpolitik

Auf jeden Fall sei Ankaras traditionelle Rolle als Außenposten der Nato falsche Bescheidenheit gewesen, doziert Davutoglu. Das war die »Selbstentfremdung«, umso mehr, als die »Muslime seit Ende des Osmanischen Reiches immer das kürzere Ende gezogen haben. Die AKP wird das alles korrigieren.« Der Finanzminister Simsek sekundiert: »Wir sind keine Marionetten mehr.« Hätte Gates dieses Buch gelesen, wäre ihm die Schuldzuweisung an die EU nicht so leicht über die Lippen gepurzelt.

Der türkische AKP-Kritiker Soner Cagaptay, ein Thinktanker in Washington, nimmt solche Sprüche ernst: »Der Westen kann nur wenig tun, um die Außenpolitik der AKP zu verändern.« Das hängt davon ab, wo sie hinwill - und um welchen Preis. Ist das Ziel eine strategische Neuausrichtung oder bloß Protz- und Trotzhaltung? Will Ankara die USA als Hauptmacht aus Mittelost verdrängen und deren »Festlandsdegen« Israel zermürben oder bloß eine klassische Aufsteigerpolitik betreiben, die hier sabotiert, dort konterkariert, um so eine höhere Prämie für seine Kooperation herauszuschlagen?

Eine Zeit lang geht beides, und der gemeinsame Nenner lautet: »Optionen vermehren«. Die

## Quelle: Die Zeit

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

klassische Politik der Türkei war defensiv und stabil. Das Hauptbündnis mit Amerika war gegen die Sowjetunion gerichtet, das Sekundärbündnis mit Israel gegen die Mächtigen in Arabien (von Nassers Ägypten bis zu Saddam Husseins Irak) sowie gegen die Palästinenser, die just den eigenen Staat wollten, den Ankara den Kurden um jeden Preis verweigert.

Diese Eindeutigkeit ist vorbei, weil auch der Große Feind im Norden, die Sowjetunion, nicht mehr ist. Das verschafft den früheren Klienten Amerikas überall ungewohnte Freiheiten. Die Türkei aber spielt mit ganz neuen Allianzen - mit dem einstigen Todfeind Syrien, dem Konkurrenten Iran, dem Amerika-Rivalen Brasilien. Ein neues Schurkenstaat-Quartett? Nennen wir es lieber die Riege der Revisionisten oder die Union der Unzufriedenen, die in die erste Reihe der Weltpolitik streben - mit wachsender Wirtschaftskraft wie Brasilien, mit Atomwaffen wie Iran, oder mit schierem Störpotenzial wie das kleine Syrien.

Bei den Ehrgeizigen paaren sich begrenzte Mittel mit noch weniger Verantwortungsbewusstsein - das ist das Problem. Wenn denn die Türkei den Vermittler zwischen den Palästinensern und Israel spielen wollte, würde sie sich nicht mit dessen Todfeinden ins Bett legen. Erdogan nennt inzwischen den Damaszener Diktator Baschir Assad seinen »Bruder«, derweil die beiden Länder gemeinsame Militärmanöver abhalten. (Vor zehn Jahren standen die beiden Länder am Rande des Krieges.) Wenn Ankara die Atombewaffnung Irans verhindern wollte, würde es nicht, wie Mitte Mai, in letzter Minute einen Deal einfädeln, der die drohenden UN-Sanktionen torpedieren sollte.

Selbst Moskau und Peking, die bislang treuesten Beschützer der Iraner, ließen sich nicht beirren und votierten im Sicherheitsrat für Strafmaßnahmen; Ankara und Brasilia, Mitglieder durch Rotation, stimmten als Einzige dagegen.

Die Trumpfkarte im türkischen Spiel, die immer sticht, ist jedoch die nicht mehr ganz neue Israelfeindschaft. Erstens zu Hause, wo eine BBC-Umfrage im April - also vor dem versuchten Blockade-Bruch durch die Gaza-Flottille - den Israelis eine 77-Prozent-Abneigungsquote bescheinigte. Und zweitens in der arabischen Welt, wo Erdogan als der neue Held des Islams gefeiert wird, nachdem er 2009 auf dem Weltwirtschaftsforum von Davos einen kalkulierten Wutausbruch (»Ihr wisst, wie man tötet«) gegen den israelischen Präsidenten Peres inszenierte.

Hier aber wird das türkische Spiel kompliziert. Einerseits ist die Verlockung für Erdogan geradezu unwiderstehlich. So mancher arabischer Diktator oder Monarch hat im vergangenen Halbjahrhundert nach der Vorherrschaft über Mittelost geangelt: der Ägypter Nasser, der Syrer Hafez Assad (der Vater von Baschir), der Iraker Saddam Hussein, das saudische Königshaus. Heute versinkt Ägypten in der Bedeutungslosigkeit; Assad und Saddam sind tot; Riad kann sich nicht entscheiden, ob es die Sunni-Staaten gegen Iran vereinen oder auf dem Zaun sitzen bleiben soll.

Andererseits ist da noch einer, der in das Führungsvakuum vorstößt, nämlich der Iraner Ahmadineschad. Was zwischen Ankara und Teheran abläuft, ist keine Umkehrung der Allianzen, sondern ein Zweckbündnis - vorweg gegen den »Großen« und den »Kleinen

Satan«. Doch wenn zwei das Gleiche tun, wollen sie auch das Gleiche: die Vorherrschaft in der Region. Logischerweise können nicht beide die Nummer eins sein, und deshalb befinden sie sich längerfristig auf Kollisionskurs - der eine weit im Westen, der andere weit im Osten, was beiden noch reichlich Bewegungsraum schenkt.

Ägypten verliert an Bedeutung, die Saudis sitzen auf dem Zaun

Für Teheran ist die Sache eindeutig; es hat, nachdem es sich aus der Gemeinschaft der halbwegs verantwortungsbewussten Staaten katapultiert hat, keine anderen Optionen, solange das Ahmadineschad-Regime steht. Es bleibt bei der Unterdrückung nach innen und der religiös verbrämten Machtpolitik nach außen. Die Türkei stapelt neue Optionen, kann daraus aber kein festes Haus bauen. Sie kann zwar die »arabische Straße« mit ihren Tiraden gegen den Ex-Verbündeten in Jerusalem für sich gewinnen, dafür aber nichts kaufen. Die Vermittlerposition zwischen Israel und den Palästinensern, die einst Ankaras Einfluss im Westen wie in der Region gemehrt hat, ist nun perdu.

Die Mittellage (»Zentrum Eurasiens«), die Außenminister Davutoglu nicht aufhört zu zelebrieren, ist kein ungeteilter Segen. Die Türkei will nach wie vor in die EU, und ihre »Neue Ostpolitik« - mit Syrien, Iran und Hamas im Schlepptau - macht diesen schwierigen Integrationsprozess nicht einfacher. Washington, wie das EU-Bashing von Robert Gates abermals gezeigt hat, agiert wie eh und je als wärmster Fürsprecher der Türkei. Doch diese Nibelungentreue, getragen von strategischem Kalkül, nicht von Zuneigung, hat ihre

## Quelle: Die Zeit

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

Grenzen dort, wo Ankara die US-Iranpolitik sabotiert. Im Kalten Krieg waren die Türkei und die USA füreinander unverzichtbar, und deswegen hat Washington nur ein einziges Mal hart reagiert: als es nach der türkischen Zypern Invasion ein Waffenembargo verhängte. Inzwischen gibt es die Sowjetunion nicht mehr, und Ankara macht Washington die Vorherrschaft in Mittelost streitig - wie Iran. Der strategische Wert des Vorpostens Türkei sinkt.

»Sehr ehrgeizig« nennt Suat Kiniklioglu, der Vize-Chef der AKP, die neue Außenpolitik seiner Regierung. Henri Barkey, der Türkei-Experte des Washingtoner

Carnegie Endowment, eines der ältesten Thinktanks der Hauptstadt, greift zu einer härteren Formulierung: »Die Türken leiden an einer aufgeblasenen Wahrnehmung ihrer eigenen Wichtigkeit.« Der Hürriyet-Kolumnist Idiz spricht knapp von »Größenwahn«.

Das Osmanische Reich, das einst zwischen Balkan und Basra herrschte, war in der Tat eine Großmacht, bis es Ende des 19. Jahrhunderts vom Westen und von Russland Stück um Stück demontiert wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg begann der »Kranke Mann am Bosphorus« wieder zu genesen, allerdings unter

dem Schirm der Nato und im Verbund mit der Europäischen Union (Assoziierung seit 1963, Freihandel seit 1996). Das hat der Türkei einen gewaltigen Wachstums- und Modernisierungsschub verschafft; eine Großmacht ist sie nicht, nicht einmal ein hilfreicher Makler. Mittler müssen die Mitte halten. Erdogan und sein Außenminister Davutoglu haben sie geräumt - ohne Not und Nutzen. Syrien und Iran, selbst Brasilien auf der anderen Seite der Erdkugel, sind kein Ersatz für die »strategische Tiefe«, die EU und USA bieten.

**Quelle: Die Zeit**

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

